

Rückblick auf die Zukunft

Nach 40 Jahren Bundesrepublik: Anstöße zur Bewältigung einer „Erfolgsgeschichte“

Von Klaus Naumann

Seit Jahresbeginn 1988, einer Pressekonferenz des Innenministeriums, schwelt das Thema der 40-Jahr-Feier aus Anlaß des Gründungsjubiläums der Bundesrepublik im kommenden Jahr. Ist es angesichts von Steuerreform und Deckungslücken im Haushalt, von Koalitionsdebakel und „Sommertheater“ in Bonn nicht abgehoben, eine Auseinandersetzung mit den offiziellen Festvorbereitungen zu führen? Sicher, Feiern, auch Nationalfeiertage, entscheiden nichts, aber sie bieten – siehe 8. Mai 1945/1985 – einen Anlaß zur Bilanzierung und einen Ansporn, die zurückgelegte Wegstrecke im Lichte aktueller Zukunftsperspektiven kritisch zu überprüfen. Die Unwägbarkeiten dieser Perspektiven erhöhen den Bedarf, über den Tag hinaus zu denken, eine Prüfung des Erreichten und der politischen Kräfte vorzunehmen. 40 Jahre Bundesrepublik – das könnte in allen politischen Lagern ein Anlaß zur Bestimmung von Standort und Zielstellungen sein. Der folgende Beitrag setzt sich mit den politischen Akzenten und Defiziten des Festprogramms auseinander, um dann mittels einer Skizzierung der absehbaren Wandlungen des kommenden Jahrzehnts einen Ausgangspunkt für Alternativvorschläge zu gewinnen. Ein zweiter Teil des Beitrags, der im Septemberheft veröffentlicht werden wird, formuliert Überlegungen, Thesen und Fragen für eine die politischen Lager übergreifende Sichtung der Problembestände. D. Red.

Ähnlich wie Bundeskanzler Kohl, der vor drei Jahren über das Berliner Reichstagsgelände wies und mit imperatorischer Geste den Platz des künftigen Museums für deutsche Geschichte bezeichnete („Da soll es hin!“), verkündete der Parlamentarische Staatssekretär des Inneren Horst Waffenschmidt zu Beginn dieses Jahres die Parole für 1989: „Es soll gefeiert werden!“ Noch 1985, anlässlich des Bitburger „Versöhnungs“-Spektakels sprach man von der bundesdeutschen „Unfähigkeit zu feiern“¹⁾. – Was hat sich geändert? Hat sich was geändert?

I. „Unfähigkeit zu feiern“? – Das soll jetzt anders werden. Offizielle und inoffizielle Festvorbereitungen

Es war nicht lange nach der Bitburger Inszenierung, nur etwa ein halbes Jahr Denkpause war vergangen, da trug schon Innenminister Zimmermann, offenbar um einen Ausgleichstreffer bemüht, das Jubiläumsprojekt „40-Jahr-Feier“ dem Bundeskanzler vor, der diese Idee sofort begeistert aufgriff. Inzwischen

1) Vgl. Norbert Seitz (Hrsg.), Die Unfähigkeit zu feiern: der 8. Mai, Frankfurt/M. 1985.

Vorläufiges Programm aus Anlaß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“

(Auszüge)

Zentrale Veranstaltungen

1. *Gemeinsamer Festakt aller Verfassungsorgane des Bundes (24. Mai 1989)*

(Bonn, Beethovenhalle; Federführung und Ausrichtung Deutscher Bundestag)

2. *Wanderausstellung „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“*

Diese Ausstellung wird vom Bundesarchiv im Auftrag der Bundesregierung (und unter Einbindung des Statistischen Bundesamtes) konzipiert. Systematische Darstellung der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Lebensverhältnisse der Bürger.

3. *„Bundesfest“*

(23. September 1989 in Bonn, Rheinaue). Das Fest soll Bürger aus dem gesamten Bundesgebiet einbeziehen und das Jubiläum auf fröhliche und gesellige Weise ausdrücken. Es wird angestrebt, dieses Ereignis über die Medien bundesweit auszustrahlen.

Demokratischer Rechtsstaat

1. *Wurzeln des demokratischen Rechtsstaats: „Von Weimar nach Bonn“ / Kongreß zur demokratischen Entwicklung in Deutschland (von Weimar über den Widerstand in der NS-Zeit bis zur Bundesrepublik Deutschland). Veranstaltung des BMB in Zusammenarbeit mit dem Senat von Berlin.*

Fertigstellung und Eröffnung der Gesamtausstellung der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ in Berlin, 20. Juli 1989

2. *Staatswerdung, Verfassungsentstehung und -entwicklung: Rittersturz-Konferenz; Verfassungskonvent Herrenchiemsee; Ausstellung „Der Parlamentarische Rat“; Ausstellung zum Parlamentarischen Rat aus Archivbeständen der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus; Ausstellung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, „Anfangsjahre der Bundesrepublik Deutschland“; Wanderausstellung „Soviel Anfang war nie – Aufbruch aus Trümmern, deutsche Städte 1945–1949“: Vorhaben der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände unter Federführung des Deutschen Städtetages mit den veranstaltenden Städten Nürnberg und Berlin; Federveranstaltung „40 Jahre Dritte Gewalt unter dem Grundgesetz“; Die besondere Bedeutung der Rechtsprechung als „Dritte Gewalt“ und der Beitrag der Gerichte zur Stabilisierung und Entwicklung unserer Rechtsordnung soll in einer öffentlichen Festveranstaltung herausgehoben werden (BMJ, Beteiligung BMA). Voraussichtlich 1. Hälfte Oktober 1989, Paulskirche Frankfurt/M. . .*

3. *Rechtsstaat, Grundrechtsschutz, innerer Friede: Verfassungsrechtliches Kolloquium: „Was hat das Grundgesetz in seiner Anwendung durch die Gerichte dem Bürger gebracht?“ Veranstaltung: Eine juristische Fakultät (voraussichtlich Göttingen) gemeinsam mit dem BMJ (Beteiligung BMA, BMI, BMF), voraussichtlich Mai 1989; „40 Jahre Bundeskanzleramt 1949–1989“, Hrsg. Bundeskanzleramt, Verlagspublikation, Erscheinungstermin: Anfang September 1989; Fachkongreß „Die wehrhafte Demokratie – 40 Jahre Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland“ (mit Publikation), Arbeitstitel, Veranstaltung mit Fachleuten aus den Bereichen Staatsrechtslehre, Innere Sicherheit und Polizei; voraussichtlich September 1989, München; Broschüre „40 Jahre Rechtspolitik im freiheitlichen Rechtsstaat“ (Arbeitstitel) (BMJ mit BMI); Tagung an der Deutschen Richterakademie, Trier, April/Mai 1989 (BMJ); „Große Polizeischau“; bürgernahe Darstellung der Tätigkeit des BGS (Vorführungen, musikalische Darbietungen). Voraussichtlich Teilnahme von Polizisten der Länder (BMI).*

Soziale Marktwirtschaft

1. *Freies Unternehmertum und Wettbewerbsfreiheit*: Symposium „Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, Themenkomplexe: freiheitliche Wirtschaftsverfassung / freiheitliche Staatsverfassung / Wirtschaftspolitik und Wissenschaft / Stärken und Defizite / Zukunftsfragen, Juni 1989, Bonn (BMWi). Hier werden Veranstaltungen der Verbände aufgeführt werden.

2. *Freie Gewerkschaften und Tariffreiheit*: Hier werden Aktivitäten der Gewerkschaften und Verbände aufgeführt werden.

3. *Wohlstand und sozialer Ausgleich*: Kongreß „40 Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland“ (BMA). Im Vordergrund der Veranstaltung stehen Überlegungen zur Sozialstaatsbestimmung des Grundgesetzes, die Besinnung auf ihre Verwirklichung in den vergangenen 4 Jahrzehnten und die hieraus erwachsenden Aufgabenstellungen für die künftige Gestaltung. Z. Z. vorgesehener Veranstaltungsort: eine Stadt im Ruhrgebiet; voraussichtlich September/Oktober 1989 (BMA). Die Bundesanstalt für Arbeit und die Sozialversicherungsträger werden eigene Beiträge leisten. Die Vorbereitung läuft.

Solidarische Gesellschaft freier Bürger

1. *Aufbauleistung, Heimatvertriebene und Flüchtlinge*: Wanderausstellung „Eingliederung und Aufbauleistung der Vertriebenen und Flüchtlinge und ihre Mitgestaltung der Bundesrepublik Deutschland bis heute“ (Projekt des BMI in Zusammenarbeit mit dem BdV).

Hier werden auch eigene Veranstaltungen der betroffenen Verbände aufgeführt werden.

2. *Parteien und Verbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften*: „Das Leben der jüdischen Gemeinschaft im Nachkriegsdeutschland“, Veranstaltung des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit aus Anlaß seines 40jährigen Bestehens und des Jubiläumsjahres; Bonn (vorgeseh.: Beethovenhalle). . .

4. *Zusammenleben von Deutschen und Ausländern*: Ansprache der kommunalen Spitzenverbände bezüglich entsprechender Aktivitäten ist noch nicht abgeschlossen.

Wirken für Frieden und Freiheit

1. *Westbindung und europäischer Auftrag*: Internationales Symposium „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland und die Zukunft Europas“, Analyse der Stellung der Bundesrepublik Deutschland in Europa und innerhalb des weltpolitischen Kräfteverhältnisses, Erarbeitung künftiger Entwicklungstrends. Internationaler Teilnehmerkreis aus West und Ost. Voraussichtlich Schloß Herrenchiemsee (AA)

2. *Sicherung des Friedens in Freiheit (Verteidigungsbereitschaft, Abrüstungswille, Dialoge und Zusammenarbeit)*: Begegnungen der Bürger und Soldaten, Patenschaftsbesuche, Tage der offenen Tür. Darstellung des Beitrages der Bundeswehr für Frieden und Sicherheit, verstärkte Maßnahmen aus Anlaß des Jubiläums (BMVg). . .

3. *Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt*: „Informationstag Dritte Welt“, besondere Gestaltung im Umfang und Ausrichtung dieses bundesweiten Tages zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der dritten Welt aus Anlaß des Jubiläumsjahres. In Zusammenarbeit mit den örtlichen Organisationen und den Medien (BMZ). . .

Lage der Nation im geteilten Deutschland

1. *Offenheit der deutschen Frage*: Kolloquium „40 Jahre Deutschlandpolitik“, Berlin, Gesellschaft für Deutschlandforschung; Teilnehmer aus Wissenschaft, Politik, Publizistik aus dem In- und Ausland (BMB); Tagung zu „40 Jahre Deutschlandpolitik“ mit parteinahen Stiftungen und Bildungsträgern.

schen sind die Festvorbereitungen soweit gediehen, daß der zum Chefanimateur bestellte Staatssekretär Waffenschmidt die Ergebnisse im Januar dieses Jahres präsentieren konnte. Stolze 30 Seiten mit Dutzenden von Veranstaltungen, Ausstellungen, Kolloquien, Feierstunden und Publikationen waren aneinandergereiht worden, um trotz einer offensichtlichen geistigen Leere ein würdiges Maß an repräsentativer Fülle aufweisen zu können²⁾. Und – Armut der öffentlichen Hand hin, Finanzierungslücken her – auch 13 Millionen DM waren rasch zur Ausgestaltung des Programms zur Hand, weitere ca. 7 Millionen DM stehen auf Abruf bereit³⁾. Das voluminöse Festprogramm liest sich wie ein „Who is who“ durch den bundesdeutschen Institutionendschudel, dessen exotische Wucherungen in ermüdender Breite vorgeführt werden sollen. Auf's Eindrucksvollste beweist sich da ein dem guten alten institutionenkundlichen Unterricht entsprungenes „Staatsverständnis“. „Erfolgsgeschichte“ und reibungsloses *Funktionieren* dieses, unseres Staates zu präsentieren – natürlich „im Bewußtsein der geteilten Nation“ – ist angesagt. Insofern schließt das Programm das geistig-moralische Bermuda-Dreieck von Bitburg und den Museumsgründungen in Bonn und Berlin.

Auf der anderen Seite bricht sich in der von konservativer Seite geäußerten Entschlossenheit, 40 Jahre Bundesrepublik zu befeiern und den weitgehend aufs Hiesige konzentrierten Veranstaltungen (nur eine magere Seite ist der „Lage der Nation im geteilten Deutschland“ gewidmet) ein genuin *bundesdeutsches* und vergleichsweise weniger *gesamt-* oder gar *alldeutsches* Selbstverständnis Bahn (die Volksgenossen außerhalb der berüchtigten „Grenzen von 1937“ wurden schlicht vergessen, und man kann sich nur wundern, daß die FAZ das nicht gemerkt hat). Lange Jahre hatten sich die Konservativen – und nicht nur sie! – vor dergleichen gedrückt. Ein kleines Stückchen „Selbstanerkennung“ also, wie verquast sich das Festvorhaben auch immer ausnehmen mag. Aber Selbstfindung in einem Land der Doppelbödigkeiten und notorisch „offenen Fragen“ ist schwierig. Wenn man den amtlichen Festideen also etwas entgegenhalten will, dann weniger, *daß* gefeiert werden soll, sondern *wie* dies ins Werk gesetzt wird. Und da konkurrieren Einfallslosigkeit und Dreistigkeit um den ersten Rang.

Schon geben die offiziellen Verlautbarungen und die Begleitmusik einen Vorgeschmack, wie unter die „Unfähigkeit zu feiern“ der für das neudeutsche Selbstverständnis sprichwörtliche *Schlußstrich* gezogen werden soll.

Komparativ und Superlativ – das närrische Paar des Jahres 1989?

Wie in den Karnevalswochen scheinen die beiden Steigerungsformen die Herrschaft über den immer noch ziemlich anachonistischen Festzug antreten zu wollen. Staatssekretär Waffenschmidt gab mit dem Hinweis auf den „*freiheitlichsten* und *sozialsten* Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gab“,

2) Vorläufiges Programm aus Anlaß „40 Jahre Bundesrepublik Deutschland“, Stand: 5. April 1988.

3) Vgl. „Stuttgarter Zeitung“, 8. 1. 1988; „Frankfurter Rundschau“, 8. 12. 1987.

den Einstand. Andere ließen sich nicht lange bitten. „Daß die demokratischen Institutionen trotz mancher Schönheitsfehler *besser* funktionieren *als in den meisten Staaten* der Erde“, versichert die „Braunschweiger Zeitung“ (19. 5. 1988), und empfiehlt, den „heiteren Stolz demokratischer Völker bei ihren Nationalfeiertagen“ in die Bundesrepublik zu importieren. Von einer anderen Seite wird „Grund zu dankbarem Staunen“ nahegelegt, denn Repräsentation „funktioniert hier *besser als in neunzig von hundert Staaten* der Welt“ („Süd-deutsche Zeitung“, 23. 4. 1988). Dem Gründungsdirektor des Berliner Museums für deutsche Geschichte Christoph Stölzl bleibt es diesmal vorbehalten, auch noch die verbliebenen Reste von Unsicherheiten und Selbstprüfung in einen Superlativ umzudeuten. „Vielleicht sind wir *Avantgarde* durch unsere *schwierigere* und *selbstkritischere* Beschäftigung mit der Geschichte“, offenbarte er einem Korrespondenten der „International Herald Tribune“ (18. 5. 1988) und belehrte den vermutlich staunenden Journalisten: „Ambivalent zu sein, das könnte die *wirkliche Avantgarde* sein – kein geschlossenes Bild, kein endgültiges Wort. . .“ – Vorhang zu und alle (deutschen) Fragen offen. . .

Ja, selbst wenn es so ist, daß die Bundesrepublik dank günstiger Bedingungen (die zu einem ansehnlichen Teil weder von ihren Bürgern noch von ihren Eliten geschaffen wurden) ein für die bisherige deutsche Geschichte unbekanntes Maß an Wohlstand und Stabilität der politischen Ordnung erreicht hat, was zwingt diese Herrschaften immer gleich in den Superlativ? – Es ist das verwandelte Bitburg-Syndrom. Damals wurden Niederlage und Katastrophe „normalisiert“ oder gar in Sieg umgedeutet (der frühe Kampf gegen den „richtigen“ Feind im Osten), verwandelten sich Reue- und Opfergesten in Belehrungen, wurde aus übergroßem Leiden (da war er schon, der Superlativ . . .) gewonnene Stärke reklamiert⁴). Diesmal münzt sich Erfolg in Abwertung anderer, ökonomische Potenz und politische Stabilität in Vormundschaftsverlangen um, und selbst die – nicht zu verbergende – Irritation, ob man alles (wieder) darf, was man möchte, wird postmodern zum Avantgardeanspruch gestylt. – Ist es nicht gerade die „Ambivalenz“, die hier zur Nationaltugend verklärt wird, aber etwas ganz anderes ist als Dialog- und Kompromißbereitschaft, als Konfliktfähigkeit und Verlässlichkeit (die eher in den Kanon demokratischer Tugenden gehören), ist es nicht diese proteische Wandelbarkeit und Unwäg-

„Deutschland ist ein Land, das täuscht, ein proteisches Land. Bekanntlich konnte Proteus, der weissagerische Meerereis, nur dann dazu gebracht werden, die Zukunft vorherzusagen, wenn man ihn fesselte. Auch dann ließ er sich jedoch nicht ohne weiteres festnageln; er änderte ständig seine Gestalt. Er konnte sich in einen brüllenden Löwen, ein harmloses Schaf, eine aalglatte Schlange, einen angreifenden Stier oder auch einen Felsen, einen Baum, einen Bach oder ein Feuer verwandeln.“

Luigi Barzini, *Auf die Deutschen kommt es an. Europa im Brennpunkt, Hamburg 1983, S. 74/75.*

4) Vgl. meinen Kommentar „Versöhnung“, in: „Blätter“, 5/1985, S. 517 ff.

barkeit, die die *incertitudes allemandes* zum europäischen, ja weltweiten Schreckgespenst gemacht haben?

Wie „Staat gemacht“ wird: „Verfassungswirklichkeit“ statt Verfassungsverwirklichung

Der Entschluß zu feiern speist sich auch aus dem Bedarf an staatlicher Repräsentation. Der erodierende Basiskonsens soll mit den integrationsträchtigen Weihen symbolischer Repräsentation eines „höheren Seins“ (Gerhard Leibholz) gekittet werden. In dieser Hinsicht, nicht nur unter wirtschafts- und haushaltspolitischen Aspekten, ist den Konservativen der zu sozial- und wohlfahrtsstaatliche Funktionen zivilisierte Staat verdächtig. Die „Melkkuh der Interessengruppen“ (Ernst Forsthoff) kann der konservativen Sozialstaatskritik zwar als das Goldene Kalb erhalten, um das sich die verwöhnten Bürger drängeln, als besonders einsatzbereit aber gilt das Tier nicht, um die Begehrlichkeiten im Sinne staaterhaltender Sekundärtugenden zu zügeln. Zur symbolischen Integration, die „Staatstreue“ verheißt, braucht man nach der immer wieder aufgefrischten Integrationslehre eines der geistigen Väter des Grundgesetzes, Rudolf Smend⁵⁾, den Appell an das „irrationale Bedürfnis der Bürger nach dem Staat“. So rekapitulierte, in Festgedanken befangen, kürzlich Ekkehard Klaus, Redenschreiber des damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin Richard von Weizsäcker⁶⁾. Aber wie kann „das Irrationale“ bedient werden, das der „Kristallisation“ (Gehlen) bedarf, eines „zur Identifikation einladende(n) Sichtbarwerden(s) des Staates in seinen Ritualen“ (Klaus)? Da kommt schon der ganze Zwiespalt (die strukturelle Ambivalenz sozusagen) der bundesdeutschen Staatsideologie und ihrer „Staatsziel“-Bestimmungen zum Vorschein, denn einer der Kernpunkte bundesdeutscher „Unfähigkeit zu feiern“ ist tangiert: das Thema „Nationalfeiertag“.

Nur einmal hatte es einen „Nationalen Feiertag“ gegeben, als am 12. September 1951 anlässlich des zweiten Jahrestages der Wahl des Bundespräsidenten gedacht wurde. Ein Jahr später war es nur noch ein „Gedenktag“, mit dem am 7. September 1952 der Jahrestag des ersten Zusammentretens des Bundestages bedacht wurde. Der „Arbeiteraufstand“ vom 17. Juni 1953 entthob die Bonner Staatsparteien dann der weiteren Suche nach einem BRD-eigenen Repräsentationsanlaß. Das glückte etwa 15 Jahre, aber dann hatte die Gegenwart die Bundesrepublik wieder erreicht, und das „Gebot des Offen-Haltens der deutschen Frage“, dessen Merkposten der „Tag der deutschen Einheit“ ja sein sollte, wurde „zunehmend nicht mehr als Herausforderung, sondern als Belastung ihrer Staatlichkeit empfunden“⁷⁾. Die letzten Veteranen, die sich 1968/

5) Zu Smends Integrationslehre vgl. Helmut Ridder, Die soziale Ordnung des Grundgesetzes, in: Josef Mück (Hrsg.), Verfassungsrecht. Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Bd. 5, Opladen 1975, S. 90 ff.

6) Vgl. Ekkehard Klaus, Die Kunst, Staat zu machen. Über die unbeholfene Repräsentation unserer Demokratie, in: „Süddeutsche Zeitung“, 23. 4. 1988.

7) So Hermann Rudolph, Von den Schwierigkeiten der Bundesrepublik sich selbst zu begreifen, in: Walter Scheel (Hrsg.), Nach dreißig Jahren . . . Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1979, S. 128 ff., hier S. 140 (auch in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ FAZ, 23. 6. 1979).

69 gegen die Liquidierung des 17. Juni stemmten, formten eine große Koalition aus Wiedervereinigungspolitikern und „besitzstands“währenden Gewerkschaften. Dementsprechend fiel der Versuch, den 23. Mai als Verfassungstag arbeitsfrei zu feiern, ins Wasser. Übrig blieb das symptomatische Kuriosum, daß der 23. Mai seither nur von den bundesdeutschen Botschaften im Ausland als de facto-Nationalfeiertag begangen wird. Ein weiterer Anlauf zugunsten des 23. Mai ging 1979 an der Kontroverse zugrunde, ob den DDR-Bürgern denn zugemutet werden dürfe, diesen Tag als *gesamtdeutsches Ereignis* im Geiste mitzufeiern. Inzwischen sind wiederum fast zehn Jahre vergangen, und noch immer besteht kein Mut, den Verfassungstag als bundes- und *nur bundesdeutschen* Feiertag ersatzlos gegen den 17. Juni auszutauschen. Das Innenministerium, irreführenderweise auch „Verfassungsministerium“ genannt, hält sich bedeckt: „Vielleicht ist der 50. Geburtstag der Bundesrepublik ein Anlaß“, lautete die jüngste Auskunft zu diesem Thema⁸⁾.

„Soviel Anfang war nie“ heißt der vielversprechende Titel einer Wanderausstellung des kommenden Jahres, aber für so richtig repräsentationsfähig hält man diesen Neuanfang nun offenbar auch wieder nicht.

Die Repräsentanten bleiben, wieder einmal, hinter der gesellschaftlichen Realität und dem Selbstbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger zurück, da sie infolge der Antinomien der deutschen Staatsideologie die Gesellschaft, kurzum: die Wirklichkeit nur bruchstückhaft und verzerrt wahrnehmen können. Das ist auch der zentrale Kritikpunkt an der vom Innenministerium vorbereiteten Institutionenschau zur 40-Jahr-Feier. Das Programm entpuppt sich als eine von den „Verfassungshütern“ inszenierte „Verfassungswirklichkeit“, zu der sich die Realität nur als Restgröße, ja als Störfaktor verhält, die im Interesse reibungslosen Funktionierens dem verfassungsideologischen Schema angepaßt wird. Es ist ein Festprogramm nach Maßgabe der (bundes)deutschen Herrschaftsformel des „freiheitlichsten Rechtsstaates“: an die Stelle der *Verwirklichung der Verfassung*, die mit ihren Grundrechten, den Gleichheits- und Freiheitsversprechen der Wirklichkeit „voraushinkt“ (Otto Kirchheimer), „tritt . . . die Wirklichkeitsanwendung auf das Recht, wobei eben nur ein Fragment der Wirklichkeit zum Zuge kommt; denn – ‚die im Dunklen sieht man nicht‘“⁹⁾.

Rückblick in die Zukunft der freien Marktwirtschaft

Eines dieser „Fragmente“, das ganz stark zum Zuge kommen soll, ist die Rückbesinnung auf Wirtschaftswunder und Wiederaufstieg. Die Rückblicke auf die Währungsreform des Jahres 1948, die im Juni d. J. die Verjubiläisierung der Bundesrepublik eingeleitet haben, sprechen eine deutliche Sprache davon, daß, wo immer „Staat“ gesagt wird, neben den allgemeinen Weihen auch spe-

8) Vgl. den Bericht von Horst Zimmermann, Mit Symbolen tun wir uns schwer, in: „Rheinischer Merkur“, 26. 2. 1988.

9) Ridder, Die soziale Ordnung, a. a. O., S. 96.

zielle Interessen transportiert werden. Nun gibt es zwar eine ganze Reihe strittiger Fragen hinsichtlich der Bedeutung der Währungsreform als der Geburtsstunde der „freien Marktwirtschaft“¹⁰⁾, aber die angebotenen „Lehren“ in der wirtschaftsnahen Publizistik¹¹⁾ sind eher eindeutig.

Was der bundesdeutschen Wirtschaft wieder zu Weltgeltung verholfen und Wohlstand im Inneren beschert hat, das waren nach dieser Lesart nicht die außergewöhnlichen Startbedingungen der Nachkriegszeit, die einen „Sonderweg (nahezu) krisenfreier kapitalistischer Entwicklung“ (Abelshäuser) für fast ein Vierteljahrhundert ermöglichten. Die Etablierung der Marktwirtschaft samt Liquidierung aller wirtschaftsfremder Interventionen soll das „Wunder“ vollbracht haben. Und die „wirtschaftlichen Unbilden“, so sie denn vorkamen, folgten nicht etwa aus dem Krisenzyklus der kapitalistischen Marktwirtschaft, sondern angeblich aus der (staats)interventionistischen Störung des Wirtschaftsprozesses. Die Jubiläumsbotschaft ist eine doppelte: Krisendämpfung verspreche nur die „Revitalisierung“ der Marktkräfte, und diese eröffneten die Perspektive eines neuen, dem „Wirtschaftswunder“ vergleichbaren Booms. Die Konsequenzen deutet das Festprogramm nur in dezenter Form als Titel eines Symposiums an: „Interdependenz von Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“, vergißt aber nicht, gleich auch noch die Schlüsselformel zu benennen: „freiheitliche Wirtschaftsverfassung/freiheitliche Staatsverfassung“; die konditionale Verknüpfung von Wirtschafts- und Staats„freiheit“ ist bescheiden in den Schrägstrich gerutscht. Josef Joffe („Süddeutsche Zeitung“, 21. 5. 1988) hat skizziert, wie man dem 40jährigen „lustlosen Wunderkind“ auf die Beine helfen will: weg mit dem „einbetonierte Arbeitsrecht“, „mehr Beweglichkeit“, Änderung der Ladenschlußzeiten. . . – „geschützte Räume (müssen) der Konkurrenz geöffnet und überkommene Regeln gelockert werden“. – In das Geburtstagsständchen für eine 40jährige mischt sich der Grabgesang auf die sozialen Attribute der gepriesenen Marktwirtschaft.

1914 und 1939 – zwei konkurrierende Jubiläen des Jahres 1989, oder: „Sich immer wieder für die beiden Kriege zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, ist absurd.“

Eines jedenfalls hatte Bitburg gelehrt: daß der Rückblick über 1945 hinaus riskant und das „Normalisierungs“vorhaben problematisch ist. Anlässlich des Gründungsjubiläums soll dementsprechend weitgehende Enthaltensamkeit für historische Exkurse in die Frühzeit der Bewegung gelten. Insofern speist sich der Superlativ für den Neuanfang („soviel . . . war nie“) mehr aus dem Abschneiden der Vergangenheitsbezüge als aus der kritischen Bilanzierung

10) Zur Diskussion anschließend an die Thesen von Werner Abelshäuser vgl. jetzt die Übersicht von Wolfgang Zank, Das Wunder ließ sich nicht vermeiden, in: „Die Zeit“, 24. 6. 1988.

11) Vgl. etwa Franz Thoma, Das Geld zum Leben, in: SZ, 18. 6. 1988; Peter Gillies, Der Neubeginn, in: „Die Welt“, 20. 6. 1988 sowie die Beilagen bzw. Schwerpunktthemen in: „Die Welt“, 20. 6. 1988, „Rheinischer Merkur“, 17. 6. 1988, „Das Parlament“, 20. 5. 1988.

dessen, was nun wirklich neu ist und dessen, was die Brüche von 1945 bzw. 1949 überdauert hat.

Der historische Zufall hat dem erklärten Willen, sich anlässlich des Vierzigsten der Suggestionskraft der runden Zahlen zu beugen¹²⁾, unverhofft ein Bein gestellt, denn gleichfalls runden sich die Kriegsanfänge von 1939 (50. Jahrestag) und von 1914 (75. Jahrestag). Die Erfolgsschau gerät in Begründungszwänge, denn beide Daten erinnern unübersehbar an die historischen Entstehungsbedingungen und -kosten der Nachkriegsordnung sowie an die prekären Geschäftsbedingungen der bundesdeutschen Staatsgründung. Die offizielle Festvorbereitung hat diese Parallelität der Daten in neu-deutscher Unbekümmertheit säuberlich ausgespart. Es lag beim SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve, die Bundesregierung daran zu erinnern¹³⁾, aber nur, um von Staatssekretär Spranger erfahren zu müssen, daß hier eher an eine Null-Lösung gedacht ist. In ein „Junktum“ der Daten 1949 – 1939 – 1914, sekundierte „Die Welt“ (6. 5. 1988), solle man sich amtlicherseits nicht „hineinreden“ lassen: „Mit dem Ausbruch des Ersten oder Zweiten Weltkriegs hat diese Bundesregierung nicht das geringste zu tun. Sie durch ein solches Kollektiv-Ansinnen vorseilend in die Rolle dessen zu drängen, der sich sozusagen stellvertretend immer wieder für die beiden Kriege rechtfertigen oder entschuldigen muß, ist absurd.“

„Überhaupt gibt es drei heilige, d. h. unheilige deutsche Sätze. Erster Satz: Mitmachen, um Schlimmeres zu verhüten. Zweiter Satz: Wie konnte es nur dazu kommen? Dritter Satz: Das haben wir nicht gewollt! – Mit diesen drei Sätzen muß Schluß gemacht werden. Das waren die Sätze der Generation, die braune Barbarei und Krieg hätten verhindern können.“

Helmut Ridder im Interview mit „Basis News“, Gießen, November 1987.

Kurzum, alle Festvorbereitungen deuten auf die Doppelung von Werbeschau plus Wendemanöver hin, nicht auf jene „selbstkritische Bilanz“, die Innenminister Zimmermann im Gespräch mit der „Welt“ (4. 1. 1988) als Zweck des Jahrestages reklamierte. Man täte gut daran, das Programm einzustampfen, solange noch Zeit dazu ist. Bei hartnäckiger Entschlossenheit, doch so und nicht anders zu feiern, koste es, was es wolle, sollte man die anfallenden Millionenausgaben gefälligst den PR-Etats der entsprechenden Institutionen anlasten, denen eine Chance zur Selbstdarstellung geboten wird.

Wäre es vielleicht doch besser, die Feierei ganz zu lassen? Der Entschluß, das Gründungsdatum dieser Republik zu begehen ist an sich positiv. Das Selbstanerkennungsdefizit, das mit einer gelungenen Bilanzierung verringert werden könnte, kann eine Rückbesinnung auf die vergangenen 40 Jahre vertragen:

12) Die Feiern unter sozialliberaler Ägide fielen vergleichsweise bescheidener aus. Ein bleibendes Zeugnis stiften die offiziellen Sammelbände von Scheel (Hrsg.), *Nach dreißig Jahren . . .*, a.a.O. sowie Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz*, Stuttgart 1974.

13) Fragestunde des Bundestages, 76. Sitzung, 4. 5. 1988, Stenogr. Bericht, S. 5112 ff.

geben. Vor uns liegen keine „Goldenen 90er Jahre“¹⁷⁾. Vergleichsmaßstäbe der kommenden Periode dürften also weniger aus der Geschichte der Bundesrepublik zu gewinnen sein als aus den vorangegangenen großen Krisen der letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts (die „Große Depression“ von 1873–1895) oder der Weltwirtschaftskrise von 1929–1932. Beide Krisen zogen bekanntlich tiefgreifende Veränderungen in der deutschen Politik und ihren wirtschaftlichen (Expansions-)Strategien nach sich¹⁸⁾. – Schon unter diesem Gesichtspunkt greift das offizielle Festprogramm viel zu kurz.

Die halbierte Moderne und ihre Modernisierungskosten

Neu ist nicht allein die Erfahrung einer tiefgreifenden Strukturkrise, die die alten Konsensformeln untergräbt. Vielfach übersehen wird die *historische* Dimension einer anderen Krisenentwicklung, die sich darin zeigt, daß der – weitgehend – *im Rahmen* der Bundesrepublik *selbst* vollzogene Durchbruch zur Modernität einer vom Traditionsballast entschlackten spätkapitalistischen Industriegesellschaft¹⁹⁾ inzwischen – und relativ unabhängig von den vorgeannten Krisenprozessen – seine Modernisierungskosten offenbart hat²⁰⁾: Schädigungen der Biosphäre, die irreversibel zu werden drohen; energiepolitische Fehlentwicklungen von unerhörtem Risiko; ein Produktivkraftsystem, das enorme Destruktionspotentiale freisetzt, auch beim „friedlichen“ Gebrauch (z. B. die Chemisierung der Produktion); Methoden und Formen der Problembearbeitung („Schornstein“-Lösungen, Trial-and-error-Verfahren), die ihre Wirksamkeit einbüßen und selbst gefahrenverschärfend wirken; Flexibilisierung und Individualisierung der Lebens- und Arbeitsformen, die – neben Emanzipationschancen im einzelnen – ein Übermaß an Restriktionen und Irritationen freisetzen, für die Lösungswege noch nicht gefunden sind. In den Geschlechter- und Familienbeziehungen stößt die Durchmodernisierung und -individualisierung der bundesdeutschen Männergesellschaft auf die „letzten Kolonien“, deren gegebene Strukturen revidiert werden, ohne noch politisch-institutionelle oder persönliche Lösungsangebote bereitzustellen. Das Private wird politisch – ein Experimentierfeld für „Wiedervereinigungsformen“ (Ulrich Beck) von Arbeit und Leben, Haus- und Erwerbsarbeit, Geschlechter- und Familienbeziehungen, individuellen und kollektiven Vertragsformen. Die derart freigesetzte Moderne erweist sich als halbiertes Projekt, das der Vollendung erst noch bedarf (und nicht der „Postmoderne“), und für dessen dreifache Konfliktlinien des Klassengegensatzes, der Risikovertei-

17) Vgl. Martin Jänicke (Hrsg.), *Vor uns die goldenen neunziger Jahre? Langzeitprognosen auf dem Prüfstand*, München 1985.

18) Vgl. dazu Priewe, *Die drei großen Krisen*, a. a. O.; eine ausgezeichnete Übersicht über den ungebrochenen Expansionsdrang der deutschen Wirtschaft gibt aus französischer Sicht das mit einem skandalösen Verriß im Vorwort von Andreas Hillgruber versehene Buch des Straßburger Wirtschaftshistorikers Raymond Poidevin, *Die unruhige Großmacht. Deutschland und die Welt im 20. Jahrhundert*, Würzburg 1985.

19) Vgl. als Überblick, M. Rainer Lepsius, *Sozialstruktur und soziale Schichtung in Deutschland*, in: Löwenthal/Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik*, a. a. O., S. 263 ff.

20) Vgl. v. a. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt/M. 1986.

lung und des Geschlechterverhältnisses es an historischen Erfahrungen fehlt. – Wo aber ist in den offiziellen Festvorbereitungen von dergleichen die Rede?

„Weltmacht wider Willen“?

Im Wandel begriffen sind die internationalen Existenzbedingungen der Bundesrepublik. Die Normalisierung ihrer staatlichen Existenz verbindet sich mit einem gewachsenen internationalen Gewicht. – Wofür wird das genutzt? Für den außenpolitisch hochsensiblen Staat, dessen Gründung von europäischen Sicherheitsinteressen (und nicht nur vom Kalten Krieg) bestimmt war, lösen das veränderte Verhältnis der beiden Weltmächte, die weltwirtschaftlichen Verschiebungen, der Niedergang der amerikanischen Hegemonie im Westen und die europäischen Integrationsprozesse neue Fragen nach „unserer Verantwortung in der Welt“ aus (so der CDU-Leitantrag des Wiesbadener Parteitages). Das spiegelt sich in den außenpolitischen Formeln wider. An die Stelle des (selbstmitleidigen) „politischen Zwergs“ ist Ende der 60er Jahre das Selbstverständnis einer „europäischen Mittelmacht“ (Waldemar Besson) getreten. Inzwischen scheint auch das zu wenig. Von „Welthandelsmacht“, „Weltraummacht“, von einer Abkehr von angeblicher „Machtvergessenheit“ zu „verantwortungsethischer Machtpolitik“ (Hans-Peter Schwarz) oder gar von einer „Weltmacht wider Willen“ (Christian Hacke) ist die Rede, und stolz wird resümiert, „daß die Bundesrepublik weltpolitisch weitergekommen ist, mehr Ansehen gewonnen hat, mehr Einfluß besitzt als beim nervösen wilhelminischen Streben nach einem Platz an der Sonne oder zur Zeit der Weimarer Republik“²¹⁾. – Sind vierzig Jahre genug, um die Handlungsbeschränkungen, die wohlbegründeten Rücksichtnahmen und damit einen zentralen Aspekt der bundesdeutschen „Staatsräson“ aufzukündigen?

Staatsgründung mit Demokratiedefizit

Jahrzehntelang galten Integration, Konsens und Stabilität als die Markenzeichen bundesdeutschen Selbstverständnisses (gegenüber der Vergangenheit gewiß ein Vorzug), während der Verweis auf die Bruchstellen des „Modells Deutschland“ als Marotte der Linken oder gar als Neidaffekt des Auslands abgetan wurde. Allmählich ist deutlich geworden, daß es eine Kehrseite dieser Vorzüge gibt, die darin liegt, daß strukturelle Probleme der Republik im Sog von Kaltem Krieg und Aufbaueifer ungelöst blieben, daß die gelungene Staatsgründung eine defizitäre Demokratiegründung eingeschlossen hatte. Nun mehren sich die Zeichen, daß auch hier ein nachholender (Um)Gründungsakt ansteht: die wachstums- und wohlstandsbedingte gleichsam „automatische“ Akzeptanz besitzt nachlassende Schubkraft, der schmalbrüstige FdGO-Konsens ist nahezu aufgezehrt, die volksparteiliche Hegemonie und das Drei-Parteien-System sind erschüttert, die Autorität des bundesverfassungsrichterli-

21) Christian Hacke, Traditionen und Stationen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B 3/88, 15. 1. 1988, S. 3 ff., hier S. 14; kritisch vgl. Frieder Schlupp, Westdeutsche Europapolitik als Weltmachtpolitik, in: „antimilitarismus information“, 6/1988, S. 77 ff.

chen Ersatzsouveräns ist angekratzt. . . Was auf der Rechten als „Unregierbarkeit“ beklagt wird, gegen die es sicherheitsstaatliche Vorsorge zu treffen gelte, erscheint bei näherem Hinsehen als – späte – Ankunft des demokratischen Prinzips in der (bundes)deutschen Politik. Zwei ungelöste Spannungsfelder sind es, an denen sich das weitere Schicksal der Demokratie entscheiden wird: zum einen der unaufgelöste Widerspruch zwischen (erzwungener) Selbstanerkennung der Republik und (verfassungsrichterlich bekräftigter) Doppelbödigkeit ihrer „Staatsräson“ (die Republik und „Reich“ zugleich sein soll); zum anderen der Konflikt zwischen der Universalität des demokratischen Prinzips und der Partikularität seiner „freiheitlich-demokratischen“ Realisationen, der sich im Gegensatz von Politikvergesellschaftung und (staats)parteilichem Politikmonopol plus privatwirtschaftlicher Entscheidungsmacht abbildet. – Es ergäbe wenig Sinn, beim Gedenken an den Gründungsakt der Bundesrepublik von „Verfassungspatriotismus“ zu reden, zu den genannten Defiziten aber zu schweigen.

Was kommt nach der „Flakhelfer-Generation“?

Im Gange ist, man sollte davon reden, ein bemerkenswerter Generationswechsel, der bis hinein in die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten das Gesicht dieser Republik verändern wird. Noch sind die „Flakhelfer“ an der Macht²²⁾, die ihren beruflichen und politischen Aufstieg synchron mit dem Wiederaufbau absolviert haben, und deren oft zwiespältige Mischung aus Skepsis und Anpassungsbereitschaft, Funktionstüchtigkeit und existenzieller Unsicherheit die politische Kultur dieses Landes nachhaltig geprägt hat. Diese Generation hat das „Modell Deutschland“ geschaffen, um jetzt bereits dessen Bruchlinien konstatieren (oder krampfhaft leugnen) zu müssen. Nicht zufällig finden sich unter ihr die engagiertesten Streiter der Historikerdebatte²³⁾, so daß man annehmen kann, in ihrem Engagement arbeite sich ein spezifisches Identitätsbedürfnis ab, während die Nachgeborenen in vielerlei Hinsicht aus den Selbstverständlichkeiten bundesdeutscher Zugehörigkeit leben²⁴⁾, ohne daß damit bereits eine politische Richtungsentscheidung verbunden wäre. Ihre Biographie ist nun schon vollständig von der Bundesrepublik geprägt. Das hat Rückwirkungen auf Leitbilder, Erfahrungen und Geschichtsbewußtsein²⁵⁾.

22) Es handelt sich um die Jahrgänge 1926–1930. Auf die problematische Einschränkung auf die männlichen Generationsvertreter sei hier nur hingewiesen. Vgl. zum folgenden Heinz Bude, *Deutsche Karrieren. Lebenskonstruktionen sozialer Aufsteiger aus der Flakhelfer-Generation*, Frankfurt/M. 1987. Bude gibt (ebd., S. 10) eine knappe, aber eindrucksvolle Aufreihung bundesdeutscher Funktionsträger dieser Generation. Umfangreicher dagegen ist die jährliche Jahrgangsberichterstattung über jene Angehörigen der Eliten, die im letzten Jahrzehnt nacheinander das 60. Lebensjahr erreichten, von FAZ-Mitherausgeber Jürgen Eick, zuletzt über den „Jahrgang 1928“, FAZ, 12. 2. 1988.

23) Eine entsprechende Zusammenstellung vorgenommen hat Eike Hennig, *Zum Historikerstreit*, Frankfurt/M. 1988, S. 90.

24) Vgl. Hans Mommsen, *Aufarbeitung und Verdrängung. Das Dritte Reich im westdeutschen Geschichtsbewußtsein*, in: Dan Diner (Hrsg.) *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt/M. 1987, S. 74 ff., hier S. 87 f.

25) Vgl. mit dem Vorwurf der „Machtvergessenheit“ Hans-Peter Schwarz, *Die westdeutsche Außenpolitik – Historische Lektionen und politische Generationen*, in: Scheel (Hrsg.), *Nach dreißig Jahren*, a.a.O., S. 145 ff., bes. S. 170 ff.

Hinsichtlich des Generationenprofils wird sich die Bundesrepublik mit ihrer „Amtsübernahme“ dann „auf eigenen Grundlagen“ bewegen. Während der „Flakhelfer-Generation“ die Jahresdaten 1945/1949 als die biographischen Fixpunkte erscheinen, aus denen sie ihre Antriebskräfte schöpft, ziehen die Nachgeborenen aus dem „magischen Jahr“ 1968 einen Gutteil ihres Gestaltungsanspruchs (vgl. die Beiträge zum Thema „1968“ in Heft 5/1988 der „Blätter“). – Sind sie aber deswegen „naiver“ als die Generation der Adenauer, Heuß oder Stresemann, die zu Zeiten des 40jährigen Reichsjubiläums 1911 vom französischen Erbfeind, vom sozialen Kaisertum und vom „Platz an der Sonne“ alb- oder wunschträumte²⁶⁾?

(Zweiter Teil folgt.)

Entwicklungs- oder Befreiungshilfe?

Plädoyer für einen entwicklungspolitischen Kurswechsel

Von Thomas Fues

Im Vorfeld der im September 1988 anstehenden Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die in Berlin stattfinden wird, veröffentlichen wir den nachstehenden Beitrag des Mitarbeiters der Grünen im Bundestag Thomas Fues und stellen sein Plädoyer für eine Ausrichtung der Entwicklungshilfe auf Menschenrechte und Ökologie zur Diskussion. Das Hintergrundthema der Schuldenkrise hatte zuletzt der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Herbert Schui im Augustheft der „Blätter“ behandelt. Weitere Beiträge sind in Vorbereitung. D. Red.

Die links-alternative Diskussion in der Bundesrepublik über Sinn und Unsinn der Entwicklungshilfe weist eine enorme Spannweite an Positionen auf. Ange-

26) Der Naivitätsvorwurf und der Generationenvergleich finden sich bei Schwarz, ebd., S. 172 f. Die Traumbilder sind natürlich eine kleine polemische, wenn auch nicht frei erfundene Zutat d. Verf. Die Argumentation ist radikalisiert in der Kampfschrift von Schwarz, Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit, Stuttgart 1986.